

An die
lokalen Medien

06.06.2002

Elternverbot in Kindertageseinrichtungen

Presseerklärung

Die Kita-Leitungen haben ein Schreiben erhalten, in dem sie an ihre Treuepflicht gegenüber dem Arbeitgeber erinnert werden. Darin ist ein Passus enthalten, der es nicht gestattet, Informationen auszuhängen und Unterschriftenlisten auszulegen, obwohl das KJHG ausdrücklich ein Mitwirkungsrecht und eine Mitwirkungspflicht vorsieht.

BÜDNDNIS 90/ DIE GRÜNEN haben in der gestrigen Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses nachgefragt, ob es Eltern und Elternräten tatsächlich untersagt ist, sich in den Einrichtungen zu treffen, dort Unterschriften zu sammeln oder durch Aushängen von Informationen an den Schwarzen Brettern betroffene Eltern zu informieren.

Die Antwort des zuständigen Dezernenten, Herrn Pogadl, war knapp, aber unmissverständlich: „Ja, das ist den Eltern und den Elternräten verboten!“ Da half auch der Hinweis unseres jugendpolitischen Sprechers Wolfram Frebel nicht, dass das Gesetz ein Mitwirkungsrecht der Eltern der Einrichtungen ausdrücklich vorsehe und daher das Thema Hortschließungen durch die Eltern auch in den Einrichtungen erörtert werden müsse. Herr Pogadl erwiderte, dass die Eltern nur in Bezug auf ihre einzelne Einrichtung ein Mitwirkungsrecht haben. Bei dem Thema der Hortschließung insgesamt handele es sich aber um ein „allgemein politisches Thema“. Dafür dürften die



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Einrichtungen keinen Raum bieten, zumal die Diskussion gar nicht mehr aktuell sei, weil der Oberbürgermeister seinen Vorschlag erst einmal zurückgezogen habe.

Dazu Wolfram Frebel: „Das Schreiben der Verwaltung dient unter anderem dazu, Eltern mundtot zu machen und eine Organisation ihrer Interessen zu unterbinden. Sie sollen in der Diskussion um die Schliessung der Hortplätze keine Rolle spielen. Die Verwaltung will hier mit rechtlich fragwürdigen Mitteln jeglichen Widerstand der Eltern im Keime ersticken. Das zeugt von Schwäche und mangelnder Souveränität. Die Einschränkung der Elternrechte wird zudem neue Konflikte erzeugen.

Unterstützt wird die Haltung Pogadls von den Fraktionen von SPD und CDU. Sie haben in der Ausschusssitzung im gleichen Atemzug einen Antrag der GRÜNEN abgelehnt, die Elternräte der betroffenen Einrichtungen an dem Workshop des Ausschusses, der sich mit der Haushaltslage und damit gerade auch der Frage nach den geplanten Einsparungen im Hortbereich auseinandersetzen soll, teilnehmen zu lassen. Eine Beteiligung der Eltern und Elternräte ist offensichtlich unerwünscht. Man will unter sich bleiben und sich nicht in die Karten schauen lassen.“

Bündnis 90/Die Grünen werden das Thema weiterhin offensiv begleiten und alle notwendigen Informationen an die Eltern und Elternräte weiterleiten. In der kommenden Sitzung des Aktionsbündnisses gegen die Hortschließungen werden nicht nur Fragen nach einem möglichen Bürgerbegehren erörtert, sondern auch das bisherige Verwaltungshandeln kritisch hinterfragt.